



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 30.04.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 06. Mai 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.03.2010
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-25-0044**

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern - Aushöhlung der Kommunalfinanzen abwehren
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 22.04.2010 -

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch bei den Städten und Gemeinden zu massiven Einnahmerückgängen geführt. Die Gewerbesteuer als wichtigste Gemeindesteuer schwankt im Konjunkturverlauf überdurchschnittlich. Entsprechend sind die Kommunen, verglichen mit den übrigen staatlichen Ebenen, in der Krise überdurchschnittlich belastet. Das Land verschärft diese Situation und

bürdet ohne Rechtfertigung Städten und Gemeinde weitere Lasten auf. Sie sind immer weniger in der Lage, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ihre originären Aufgaben, etwa als Schulträger, in der Kinderbetreuung, bei der Bildungsförderung und sozialen Angeboten, beim ÖPNV oder dem Erhalt von Straßen und Infrastruktureinrichtungen, zu erfüllen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass - unter Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip bzw. entgegen früherer Zusagen - Städten und Gemeinden vom Land in jüngster Zeit spürbare finanzielle Lasten aufgebürdet werden. Dazu gehören unter anderem:
 - + die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um 400 Mio. €. Dies macht knapp 14 % der bisherigen Verteilungsmasse aus und steht im Widerspruch zur Festlegung in der Koalitionsvereinbarung, die der kommunalen Seite einen Anteil von 23 Prozent an der Steuerverbundmasse garantiert.
 - + die Verzögerungen bei der Erstattung der Mehraufwendungen aufgrund der seit 01.09.09 geltenden neuen Kita-Mindestverordnung. Speziell die sich abzeichnende Regelung, wonach den Kommunen, die im Vertrauen auf die von der Landesregierung angekündigte Erstattung, die neuen Standards bereits ganz oder teilweise erfüllen, leer ausgehen sollen, ist inakzeptabel.
 - + die unvollständige bzw. verspätete Weitergabe von Bundeszuschüssen für den Ausbau der Kinderbetreuung an Städte und Gemeinden. So sind in der Vergangenheit für Hessen vorgesehene Mittel 'im zweiten Anlauf' an andere Länder, z.B. Hamburg, vergeben worden
- II.
 1. Der Magistrat wird gebeten, bei der Landesregierung mit Nachdruck auf die Rücknahme der Kürzungen im KFA sowie die uneingeschränkte Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu dringen.
 2. Dies schließt ausdrücklich das Beschreiten des Rechtsweges ein, insbesondere zur Durchsetzung der Erstattung der Mehrkosten aufgrund der neuen Kita-Mindestverordnung, und zwar beginnend zu dem Zeitpunkt, sobald die neuen Standards erfüllt waren.

5. 10-F-01-0039

Kein Mega-Möbelmarkt am Petersweg
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.04.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen den Bau eines Mega-Möbelmarktes im Gewerbegebiet Peterweg aus.

Der Magistrat wird aufgefordert alle Planungen umgehend einzustellen, die eine Ansiedlung eines Möbelhauses an diesem Standort zum Ziel haben.

6. 10-F-25-0050

Kommunaler Haushalt

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.04.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten:

1. auf das Land Hessen dahingehend einzuwirken, dass der städtische Haushalt umgehend genehmigt wird, damit es nicht zu Verzögerungen bei Auszahlungen und Umsetzungen von Maßnahmen kommt.
2. den Haushaltsentwurf für die Öffentlichkeit lesbar auf die Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einzustellen (analog der Stadt Frankfurt / Main)
3. in Kooperation mit den Stadtverordneten weiterhin an einer Verbesserung der Transparenz und Lesbarkeit des städtischen Haushalts für die kommenden Jahre zu arbeiten.

7. 10-F-25-0047

Werbung - Sponsoren im Sport

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.04.2010 -

Mehr als 70.000 Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden sind Mitglied in einem der verschiedenen Turn- und Sportvereine der Stadt. Damit übernehmen die Vereine eine bedeutende gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Landeshauptstadt unterstützt dies mit Zuschüssen, anderen Dienstleistungen sowie die unentgeltliche Bereitstellung ihrer Sportanlagen. Doch auch Unternehmen sowie Privatpersonen unterstützen die Vereine finanziell mit ihren Spenden bzw. Sponsorings. Um dieses besondere Engagement zu würdigen und nach außen darzustellen, sollte den Sponsoren ein Logo zur Verfügung gestellt werden, das thematisch die Sportförderung auszeichnet

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Logo für die Sportförderung durch Privatunternehmen und -personen zu entwickeln und Richtlinien für die Vergabe dieses Logos zu erstellen. Zudem ist den zuständigen parlamentarischen Gremien das Logo samt eines Kostenrahmens vorzustellen.

8. 10-F-04-0002

Beantragung von Fördermitteln des Bundesjugendministeriums für den Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 27.04.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird beauftragt, Projekte zum Thema „ Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Linksextremismus und Islamismus “, analog zu ähnlichen Projekten gegen Rechtsextremismus, zu entwickeln und bereitgestellte Fördermittel des Bundesjugendministeriums zu beantragen.

Dem Stadtparlament ist in der Septembersitzung diesen Jahres erstmals Bericht über Aktivitäten und Ergebnisse dieser Projekte zu erstatten.

9. 10-F-06-0024

Finanzkrise der Kommunen - Kommunale Handlungsfähigkeit sichern!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 28.04.2010 -

Vorbemerkung:

Der Deutsche Städtetag warnt vor den Folgen der steigenden kommunalen Verschuldung. Dieses Problem berge eine gewaltige Sprengkraft, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU).

Die vom Hessischen Landtag geplante Absenkung der Leistungen an die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro würde erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen bedeuten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt Gespräche mit der hessischen Landesregierung aufzunehmen um sicherzustellen,
dass der Landtag sich weiterhin zur kommunalen Selbstverwaltung und der Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bekennt und deshalb eine ausreichende, solide kommunale Finanzausstattung sicherstellt.

Die Landesregierung soll die im Finanzplan vorgesehene Absenkung der Leistungen an die Kommunen im kommunalen Finanzausgleich um 400 Mio. Euro zurücknehmen.

Der Anteil des Landes Hessen an der Gewerbesteuerumlage soll als allgemeine Finanzausweisungen vollständig den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Die Landesregierung soll Vorschläge zu einer dauerhaften Verbesserung der Einnahmesituation, einem Entschuldungsfonds und einem Zinsmoratorium für die Kommunen unterbreiten.

10. 10-F-07-0016

Denkmalgeschützte Parks
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 26.04.2010 -

Wiesbaden besitzt eine Reihe denkmalgeschützter Parks, die immer mehr als Eventflächen genutzt und dadurch überbeansprucht werden, mit der Folge nachhaltiger Schäden. Der Sachverständige Peter Jordan aus Aschaffenburg hat das für den Warmen Damm dargetan. Nicht für alle Parks liegen Pflegewerke vor, und wo eines vorliegt, wird es nicht konsequent umgesetzt. Ein wirksamer

Schutz der Parkanlagen müßte im Sinne einer Kommunalpolitik sein, die den Wert des historischen Erbes erkennt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. einen Rahmenplan zur Erhaltung der denkmalgeschützten Parks zu erarbeiten;
2. die Verträglichkeit von Events in Parks zu überprüfen und im besonderen darzutun, ob der Warme Damm in Zukunft von Veranstaltungen wie Wilhelmstraßenfest, Herbstmarkt und Eiszeit freigehalten werden kann;
3. die Abfassung von Pflegewerken für alle denkmalgeschützte Parks und die Durchsetzung der darin geforderten Maßnahmen zu betreiben.

11. 10-F-01-0034

Einwendungen der LH Wiesbaden im Planfeststellungsverfahren gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStRG) - Sechsstreifiger Ausbau der BAB 643 - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. -
hier: Akteneinsicht -
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.03.2010 -

Berichterstatter: Stadtv. Tollebeek

ANLAGE

12. 10-V-36-0007

DL 16/10-3, 14/10-5

Realisierung des regenerativen Energien Projektes "Bürgersolaranlagen in Wiesbaden"
hier: Wahl von Mitgliedern und Stellvertreter/innen für den Aufsichtsrat der Bürgersolaranlagen GmbH

13. 10-F-25-0045

Prioritätsänderung Haushaltsmittel von Dezernat V, 36 Sonnenberg Hochwasserschutz
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.04.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Haushaltsmittel Dezernat V, 36 Sonnenberg Hochwasserschutz, PSP-Element I 00599, 120, 199 und 237 in Höhe von insgesamt 1.592 T€ für die HH-Jahre 2010/2011 werden mit sofortiger Wirkung von Priorität 6 auf Priorität 1 erhöht. Die Frage der Finanzierung wird Ende des Jahres gemeinsam mit Dez. I/20 geklärt.

2. Der Magistrat wird gebeten, unmittelbar eine gesonderte Magistratevorlage mit einer Übersicht über die Kosten, die Finanzierung und der Bauzeitplanung der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

14. 10-F-25-0046

(Amts-)Vormundschaften

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.04.2010 -

Vorbemerkung:

In der Vergangenheit haben verstärkt Fälle von Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und Missbrauch die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Ein besonderes Augenmerk soll künftig auf die Amtsvormundschaft und Vormundschaft gelegt werden, die als hoheitliche Aufgabe des Jugendamtes auch auf freie Träger übertragen werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Nur durch regelmäßigen persönlichen Kontakt wird eine wirksame Überwachung der Pflege und Erziehung des Mündels möglich. Anzustreben ist, dass dies mindestens ein Mal im Monat geschieht, und im persönlichen Umfeld des Mündels stattfinden. Nur so können Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und erforderliche Maßnahmen im Interesse des Mündels eingeleitet werden.
2. Der Magistrat wird gebeten die Situation in Wiesbaden anhand folgender Fragen darzustellen:
 - a. Wie viele Amtsvormundschaften / Vormundschaften werden derzeit beim Jugendamt geführt. Wie viele Fälle hat ein Amtsvormund / Vormund zu betreuen?
 - b. Wie viele Vormundschaften werden bei welchen freien Trägern geführt. Wie hoch ist hier die Fallzahl pro Vormund?
 - c. Finden regelmäßig persönliche Kontakte zwischen Amtsvormund / Vormund und Mündel statt und werden diese in den Berichten aufgeführt?
 - d. Wie oft im Jahr hat der Amtsvormund / Vormund persönlichen Kontakt mit seinem Mündel?
 - e. Wie viele Einzelvormundschaften werden derzeit geführt?
 - f. Wie viele Mündel leben in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie viele in Pflegefamilien?
 - g. Wie werden die Vormundschaften finanziert und wie hoch sind die Mittel, die dafür aufgewandt werden?
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet den Bericht bis Oktober 2010 um die Ergebnisse für weiter einzuleitende Maßnahmen für einen konsequenten Kinderschutz zu nutzen.
4. Die im Referentenentwurf vorgesehenen Änderungen bedeuten eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung, auch für Wiesbaden. Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, dass das Land Hessen, auf Basis des Konnexitätsprinzipes, frühzeitig einen entsprechenden finanziellen Ausgleich schafft.

15. 10-F-25-0049

Umsetzung Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Kindertagesstätten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.04.2010 -

Vorbemerkung:

Die Frage des Zeitpunktes der Landesfinanzierung für die neue Mindestvoraussetzung in Kindertageseinrichtungen, d.h. ab wann und unter welchen Bedingungen die Kommunen nach dem Konnexitätsprinzip die Erstattung der finanziellen Mehrkosten für zusätzliches Personal und kleinere Gruppen erhalten, hat in der vergangenen Woche durch eine gemeinsame Verlautbarung des Finanz- und des Familienministeriums zu erheblichem Ärger geführt. Nach der Verlautbarung will das Land nur den „... Kommunen, die nach der Veröffentlichung der hessischen Mindestverordnung am 30. Dezember 2008 im Hessischen Staatsanzeiger im Vertrauen auf die zum 1. September 2009 in Kraft tretende Regelung das Personal für die Kinderbetreuung aufgestockt hat, die erhöhten Aufwendungen vom Stichtag des Inkrafttretens...“ erstatten .

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass eine wesentliche Voraussetzung für das gute Aufwachsen von Kindern und für die Verbesserung ihrer Bildungschancen ein hochwertiges und bedarfsgerechtes frühkindliches Bildungs- und Betreuungsangebot in Kindertageseinrichtungen ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt deshalb die zum 1. September 2009 in Kraft getretene neue Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Kindertageseinrichtungen, die einen höheren Personalschlüssel und kleinere Gruppen in den Kindertagesstätten vorsieht.
3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert die Entscheidung der Landesregierung, trotz vorhergehender anders lautender Erklärungen, die zusätzlichen Mehrkosten nur den Kommunen zu erstatten , „... die nach der Veröffentlichung der hessischen Mindestverordnung am 30. Dezember 2008 im Hessischen Staatsanzeiger im Vertrauen auf die zum 1. September 2009 in Kraft tretende Regelung das Personal für die Kinderbetreuung aufgestockt hat...“
4. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass dieses Verfahren eine eklatante Benachteiligung für alle die Kommunen bedeutet, die bereits in die Verbesserung der Standards in der frühkindlichen Bildung investiert haben.
5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei der Landesregierung die Einhaltung des Versprechens zu fordern, nach dem jedem Träger, der die neue Mindestverordnung umsetzt, die durch die Mindestverordnung entstehenden Mehrkosten ab dem Zeitpunkt erstattet werden, ab dem die Bedingungen der neuen Mindestverordnung erfüllt sind, frühestens jedoch ab dem 1.9.2009.

16. 10-F-25-0048

Zukunft der Deponie I - Altdeponien als Rohstofflager?

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.04.2010 -

In Hessen wurde das Wertstoffpotenzial sowie die Klimarelevanz von 11 Hausmülldeponien untersucht. Die Untersuchungen ergaben, dass auf den 11 Deponien etwa 6 Mio. Tonnen Biomasse, knapp 4 Mio. Tonnen Kunststoffe und Verbunde sowie 1 Mio. Tonnen an Metallen liegen. Danach ist zukünftig ein Rückbau von Deponien ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Altdeponien ist ein Paradigmenwechsel, weg von der reinen Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft. Die zunehmenden Rohstoffknappheit und strengere Umweltauflagen für Deponien werden auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden dazuführen, dass der Rückbau von Altdeponien immer wichtiger wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- a) über den aktuellen Sachstand und die Risiken (bezüglich der Umwelt und des Klimas) die durch einen möglichen Rückbau der Deponie I entstehen.
- b) ob inzwischen mögliche Lebensräume auf der Deponie entstanden sind und welche Wertigkeit diese besitzen.
- c) ob ein Rückbau zur Minderung der Umweltbelastungen auf der Deponie und der Umgebung führt.
- d) über evtl anfallende Rohstoffe (Metalle, Kunststoffe etc.) und deren Vermarktungschancen.
- e) über die Entsorgungsmöglichkeiten und Entsorgungswege sowie die Arten aller nicht verwertbaren Stoffmengen.
- f) über die Nutzung der freiwerdende Deponiekapazität.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Hinweis: Es ist beabsichtigt in die Pause gegen 19:00 Uhr einzutreten.

Tagesordnung II

- | | | |
|-----------|--|-------------------|
| 1. | 09-F-25-0087 | DL 13/10-1 |
| | Umweltfreundliches IT-Konzept für die Stadt Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 07.09.2009 - | |
| | ANLAGE | |
| 2. | 09-V-61-0019 | DL 13/10-2 |
| | Städtebauliche Rahmenplanung "GWW-Wohnsiedlung Weidenborn" in Wiesbaden-Südost | |
| 3. | 09-V-66-0242 | DL 13/10-7 |
| | Unfallpunkt-Beseitigungsprogramm;
Äppelallee / A 643: Erweiterung des Knotenpunktes mit einer 2. Linksabbiegerspur | |

4. **10-A-16-0004** **DL 16/10-2**
Jahresbericht des Seniorenbeirates für das Jahr 2009
5. **10-V-01-0002** **DL 14/10-1**
Einrichtung einer Kindertagesstätte am Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden, Mainzer Straße
6. **10-V-05-0001** **DL 14/10-2**
Energetische Ertüchtigung (Fenster) der Goetheschule, aus dem Programm "Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur - Investitionspakt
7. **10-V-08-0001** **DL 07/10-5**
Genehmigung von überplanmäßigen Investitionskosten zur Ausstattung der neuen Büroräume im Verwaltungszentrum Konradinerallee
8. **10-V-20-0015** **DL 13/10-8**
Ergebnis- und Finanzplanung 2009 - 2013
9. **10-V-30-0006** **DL 13/10-10**
Datenschutzbericht 2006 bis 2009
10. **10-V-36-0002** **DL 14/10-4**
Bleischrotsanierung Wurfscheibenschießstand Weißer Weg: Mittelverwendung
11. **10-V-36-0007** **DL 16/10-3, 14/10-5**
Realisierung des regenerativen Energien Projektes "Bürgersolaranlagen in Wiesbaden"
12. **10-V-40-0004** **DL 14/10-6**
Jawlensky-Schule; Umbau zur IGS - Endgültige Kostenaufstellung -
13. **10-V-40-0006** **DL 14/10-7**
Helen-Keller-Schule;
Umbau der Hausmeisterdienstwohnung für Unterricht und Betreuung

14. **10-V-40-0010** **DL 13/10-11**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2010
15. **10-V-40-0019** **DL 13/10-12**
Bau eines Mini-Sportfeldes auf dem Gelände der Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule
16. **10-V-41-0001** **DL 15/10-1**
Troncmittel Kultur 2009 Teil II
17. **10-V-41-0008** **DL 13/10-13**
Abschluss des Haushaltsjahres 2009 / Ausgleich von IM-Projekten
18. **09-V-51-0093** **DL 07/10-1**
§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) - Sachstandsbericht
ANLAGE
19. **10-V-51-0005** **DL 07/10-13**
§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB)/ Darstellung der finanziellen Auswirkungen
ANLAGE
20. **10-V-51-0006** **DL 14/10-8**
Dynamisierung des bestehenden Leistungsvertrages mit dem Träger Kinderhaus Elsässer Platz e. V.
21. **10-V-51-0014** **DL 14/10-10**
Dynamisierung der bestehenden Leistungs- und Zuschussverträge mit dem Träger Lebenshilfe Wiesbaden e. V.
22. **10-V-52-0007** **DL 15/10-2**
Verwendung anteiliger Spielbank-Mittel (Tronc) für den Bereich "Sport"

- 23. 10-V-52-0008** **DL 15/10-3**
Gewährung von Zuschüssen für Sportveranstaltungen von besonderer Bedeutung in 2010 /
Förderung des Radsports
- 24. 10-V-52-0009** **DL 15/10-4**
Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2010
- 25. 10-V-61-0022** **DL 13/10-14**
Bundesgartenschau Machbarkeitsstudie (2. Phase)
- 26. 10-V-63-0003** **DL 15/10-5**
Neubau des Gebäudes Kleine Schwalbacher Straße 2, Befreiung von den Festsetzungen des
Bebauungsplanes "Südlich der Mauritiusstraße2009/2" bezüglich der GFZ und der
Geschosszahl und minimale Abweichung von der Baulinie
- 27. 10-V-67-0004** **DL 14/10-11**
Freigabe und Genehmigung von IM-Mitteln im Profit-Center
1042 "Friedhofswesen" für das IM-Projekt I.01630
"67 Erneuerung Wasserleitung Nordfriedhof"

Tagesordnung III

- 1. 09-V-61-0062** **DL 13/10-6**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Pflegeheim Wolfsfeld" im Ortsbezirk
Bierstadt
- Feststellungsbeschluss -
- 2. 09-V-61-0035** **DL 13/10-3**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Pflegeheim Wolfsfeld" im Ortsbezirk Bierstadt
- Satzungsbeschluss -
- 3. 09-V-61-0052** **DL 13/10-4**
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich " Aspenborn und Diebebaum " im Ortsbezirk
Rambach;
- Änderungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

4. 09-V-61-0053 **DL 13/10-5**

Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum " im Ortsbezirk Rambach; Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung

5. 10-V-30-0004 **DL 13/10-9**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk IX Wiesbaden Breckenheim (mit Medenbach und Igstadt)

6. 10-V-30-0007 **DL 14/10-3**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk VI Wiesbaden-Schierstein

7. 10-V-51-0007 **DL 14/10-9**

Nachwahl eines beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

Zu den folgenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

8. 09-V-41-0034 **DL 16/10-1**

Karlsbader Museum und Archiv

9. 10-V-41-0004 **DL 16/10-4**

Sanierungsmaßnahmen an der ehemaligen Schlachthofhalle / Kulturzentrum kuk e.V.

Tagesordnung IV

1. **10-V-01-0001** DL 13/10-2 NÖ
" Ironman Germany 70.3 "
2. **10-V-20-0016** DL 13/10-3 NÖ
Städt. Beteiligungsunternehmen
3. **10-V-20-0017** DL 14/10-1 NÖ, 13/10-4 NÖ
Microsoft Lizenzen
4. **10-V-21-0001** DL 13/10-5 NÖ
Spenden
5. **10-V-36-0009** DL 14/10-2 NÖ
Niederschrift der Sitzung des Naturschutzbeirates am 25.03.2010
6. **10-V-40-0018** DL 14/10-3 NÖ
Prävention
7. **10-V-41-0009** DL 15/10-1 NÖ
Rangrücktrittserklärung
8. **10-V-66-0503** DL 13/10-6 NÖ
Umlegungsverfahren
9. **10-V-80-2301** DL 14/10-4 NÖ
Verkauf eines Flurstücks

- | | |
|---------------------------------------|----------------------|
| 10. 10-V-80-2310 | DL 14/10-5 NÖ |
| Verkauf eines städtischen Grundstücks | |
| 11. 10-V-82-0003 | DL 14/10-6 NÖ |
| Carol-Nachman-Preis | |
| 12. 10-V-82-0004 | DL 14/10-7 NÖ |
| Wirtschaftliche Entwicklung TriWiCon | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher